

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
Außenministerrat am 10.02.2014: Wesentliche Ergebnisse	6
Alpenstrategie: Kommission stellt Fahrplan bis zur Annahme vor	6
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	7
Innere Sicherheit.....	7
EP-Innenausschuss nimmt NSA-Bericht mit weitreichenden Forderungen an	7
Freizügigkeit	8
Bürgermeisterkonferenz der KOM am 11.02.2014 zu Auswirkungen der Freizügigkeit auf Kommunen....	8
Kommunale Angelegenheiten	8
Kommunale Daseinsvorsorge: Öffentliche Anhörung der Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“ im EP am 17.02.2014	8
Unionsbürgerschaft.....	9
Studie zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) am 10.02.2014 im EP vorgestellt	9
Datenschutz.....	10
Podiumsdiskussion in der Bayerischen Vertretung zu Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutzgrundverordnung aus Sicht der Wirtschaft.....	10
Cybersicherheit.....	11
European Cybercrime Centre (EC3) legt ersten Bericht vor	11
Bauen und Wohnen	11
KOM diskutiert Überlegungen für eine „Urbane Agenda“ mit Stadtplanern und Kommunalvertretern auf der Konferenz „Cities of Tomorrow“ in Brüssel	11
Verkehr	12
Luftverkehr: KOM erlässt neue Leitlinien zu staatlichen Beihilfen für Flughäfen und Airlines; kein Vertragsverletzungsverfahren wegen Berlin-Schönefeld	12
Luftverkehr.....	13
KOM forciert Verhandlungen über den Abschluss von Luftverkehrsabkommen.....	13
Verkehr	13
Vernetzte Mobilität: Neue EU-Normen für Kommunikation zwischen Fahrzeugen fertiggestellt	13
Güterverkehr: Konsultation zum Förderprogramm für nachhaltige und effiziente Güterverkehrsdienste ..	14
Sport	14
KOM stellt Sportkomponente des „Erasmus+“-Programms vor	14
Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz	15
Rettungswesen: Europaweiter Notruf 112: Kommissarin Kroes beklagt zu geringe Bekanntheit; fordert Mitgliedstaaten zu Maßnahmen auf	15



Staatsministerium der Justiz.....	16
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz stimmt für Pauschalreiserichtlinie	16
Rechtsausschuss stimmt für Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung.....	16
Rechtsausschuss unterstützt die Überarbeitung der Brüssel-I-Verordnung	16
Bundesverfassungsgericht legt EZB-Anleihekaufprogramm EuGH zur Vorabentscheidung vor.....	17
Podiumsdiskussion in der Bayerischen Vertretung zu Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutzgrundverordnung aus Sicht der Wirtschaft.....	17
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	18
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe.....	18
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates.....	19
Finanztransaktionssteuer: Deutschland und Frankreich wollen Lösung noch vor der Europawahl.....	20
Bundesverfassungsgericht legt EZB-Anleihekaufprogramm EuGH zur Vorabentscheidung vor.....	20
Kommission veröffentlicht zwei Berichte zur Betrugsbekämpfung bei der Mehrwertsteuer	20
Troika bescheinigt Zypern gute Fortschritte	21
Wirtschafts- und Währungsausschuss will EU-Finanzaufsicht gegenüber nationalen Aufsichtsbehörden stärken	21
Sonstiges	22
Kommission legt Grundstein für eine Reform der Verwaltung des Internets	22
Einheitlicher Aufsichtsmechanismus: EZB veröffentlicht Entwurf einer Rahmenverordnung	22
Rat bestätigt Kompromiss zur MiFID-Überarbeitung nach Abschluss technischer Triloggespräche.....	23
Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.....	23
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie.....	23
Rat bestätigt Kompromiss zur MiFID-Überarbeitung nach Abschluss technischer Triloggespräche.....	23
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates.....	23
Kommission legt Industriestrukturbericht 2013 vor	24
Electronic Leaders Group legt Plan für führende Marktstellung der europäischen Mikro- und Nanoelektronik vor.....	24
Vernetzte Mobilität: Neue EU-Normen für Kommunikation zwischen Fahrzeugen fertiggestellt	25
Kommission schlägt nicht-bindende Qualitätsgrundsätze für den Tourismussektor vor.....	25
Außenwirtschaft.....	26
Politische Bestandsaufnahme zu TTIP-Verhandlungen.....	26
Energie	26
Konsultation zur weiteren Energieeffizienzpolitik	26
Konsultation zum Endkundenmarkt im Energiesektor.....	26
Technologie und Innovation	27
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut startet Auswahlverfahren für die Bildung von Wissens- und Innovationsgemeinschaften.....	27



Erste EFR-Lehrstühle sollen Forschungsniveau in elf EU-Regionen verbessern.....	27
Sonstiges	28
Neue Leitlinien für Beihilfen an Flughäfen und Fluggesellschaften; mehrere Einzelentscheidungen in Flughäfenfällen	28
Kommission legt Grundstein für eine Reform der Verwaltung des Internets	28
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	29
Ergebnisse des Agrarrats am 17.02.2014 in Brüssel	29
Abstimmung zur Anbauzulassung von GV-Mais 1507 im Rat führt zu Uneinigkeit - Opt-Out-Klausel geplant - Brandbrief von 12 Mitgliedstaaten an die Kommission	29
EP-Agrarausschuss lehnt Saatgutnovelle ab	29
Bayerischer Landwirtschaftsminister <i>Helmut Brunner</i> spricht zu TTIP mit EU-Berater <i>Pekka Pesonen</i> ..	29
Milchgipfel 2014 in der Bayerischen Vertretung.....	30
Russland hält Einfuhrverbot für EU-Schweinefleisch weiterhin aufrecht	30
Russland prüft Einleitung einer Antidumping-Untersuchung zu EU-Milchimporten	30
Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	31
Studie im Auftrag der Kommission zur Integration mobiler EU-Bürger in sechs Städten veröffentlicht....	31
Bürgermeisterkonferenz der KOM am 11.02.2014 zu Auswirkungen der Freizügigkeit auf Kommunen..	31
Rat nimmt Saisonarbeitnehmerrichtlinie an.....	31
Ausschuss der Ständigen Vertreter bestätigt Trilogieeinigung zur verstärkten Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen.....	32
EP-Entschiessung zur Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen.....	32
Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.....	33
Kompromiss zur Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ 2020 - 2033 bedeutet Kompetenzrückverlagerung	33
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut stellt neues Auswahlverfahren für die Bildung von Wissens- und Innovationsgemeinschaften vor	33
Erste EFR-Lehrstühle sollen Forschungsniveau in elf EU-Regionen verbessern.....	34
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	34
Umwelt und Naturschutz	34
Rat: Keine qualifizierte Mehrheit gegen die Zulassung von Gen-Mais 1507	34
Verbraucherschutz.....	35
Rat verabschiedet Verbraucherprogramm 2014 - 2020	35
IMCO-Ausschuss: Mehr Verbraucherrechte bei Pauschal- und Bausteinreisen.....	35
Kommission: Öffentliche Konsultation über allergene Duftstoffe	35
Umwelt und Naturschutz	36
Kommission: Konsultation zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels	36
Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“: Debatte im Parlament	36



Veterinärwesen.....	36
Kommission: Zwischenbilanz zur EU-Tierschutzstrategie.....	36
Datenschutz.....	37
Podiumsdiskussion: Vor- und Nachteile des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutz- grundverordnung aus Sicht der Wirtschaft	37
Energie	37
Kommission: Konsultation zur weiteren Energieeffizienzpolitik.....	37
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.....	37
Gesundheitswesen	37
Kommission: Neue Plattform zur Patientensicherheit bei Bluttransfusionen	37
EuGH	38
EuGH: Demografische Kriterien bei Neueinrichtung von Apotheken nicht mit der Niederlassungsfreiheit vereinbar	38
Gesundheitswesen	38
Kommission: Öffentliche Konsultation über allergene Duftstoffe	38
Datenschutz.....	38
Podiumsdiskussion: Vor- und Nachteile des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutz- grundverordnung aus Sicht der Wirtschaft	38
IuK- und Medienpolitik	39
Kommission als Mittler bei internationalen Verhandlungen über die Internetverwaltung.....	39
EuGH: Verlinken von Texten verstösst nicht gegen Urheberrecht.....	39
Kommission warnt vor Internetzensur in der Türkei	39
Kommission ruft Filmbranche zur stärkeren Internetnutzung auf.....	40
Europas App-Sektor wächst	40
Tag des sicheren Internets 2014	40



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

AUSSENMINISTERRAT AM 10.02.2014: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Unter Vorsitz der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, *Catherine Ashton*, nahm der Rat zu verschiedenen außenpolitischen Brennpunkten Stellung. Im Mittelpunkt stand eine Stellungnahme zur Situation in der Ukraine und der förmliche Beschluss über die Entsendung einer EU-Militäroperation in die Zentralafrikanische Republik:

- EU wartet weitere Entwicklung in der Ukraine ab - Finanzielle Hilfe, aber auch Sanktionen möglich
- EU-Militärmission für Zentralafrika beschlossen
- EU gratuliert Tunesien zu neuer Verfassung - Zurückhaltung gegenüber Ägypten

Pressemitteilung zu den Ergebnissen des Außenministerrats:

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/140973.pdf

ALPENSTRATEGIE: KOMMISSION STELLT FAHRPLAN BIS ZUR ANNAHME VOR

Am 10.02.2014 traf Regionalkommissar *Johannes Hahn* mit den Außenministern aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien sowie mit Vertretern der Schweiz und Liechtensteins zusammen, um das weitere Vorgehen bei der Ausarbeitung der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum abzusprechen. Der Europäische Rat (ER) hatte bei seiner Sitzung am 19./20.12.2013 die Kommission beauftragt, bis 2015 eine solche Strategie mit den betroffenen Mitgliedstaaten auszuarbeiten (EB 01/14). *Hahn* kündigte für Juli 2014 eine öffentliche Konsultation an, anschließend soll der Kommissionsvorschlag ausgearbeitet werden. Bei dem Treffen wurde die Struktur der künftigen Zusammenarbeit zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Regionen erörtert.

Kommissionswebseite für die Alpenstrategie:

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/alpine/index_en.cfm



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

INNERE SICHERHEIT

EP-INNENAUSSCHUSS NIMMT NSA-BERICHT MIT WEITREICHENDEN FORDERUNGEN AN

Der LIBE-Ausschuss des EP hat am 12.02.2014 den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zu den Spionageaktivitäten von NSA und GCHQ angenommen. Der Bericht enthält weitreichende politische Forderungen, die sowohl an die Mitgliedstaaten gerichtet sind, als auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA unmittelbar betreffen. Hervorzuheben sind die folgenden Forderungen:

- Beendigung anlassloser Kommunikationsüberwachung und Erhebung personenbezogener Daten aus Gründen der nationalen Sicherheit;
- Aussetzung des Safe Harbour-Abkommens mit den USA;
- Aussetzung des Terrorist Finance Tracking Programme (TFTP) mit den USA;
- beschleunigte Verabschiedung einer EU-Datenschutzgrundverordnung noch in 2014;
- Verabschiedung des EU-USA Rahmenabkommens für Datenschutz in 2014, das effektiven Rechtsschutz für EU-Bürger in den USA gewährleistet;
- Keine Aufnahme des Themas Datenschutz in die Verhandlungen zur TTIP, aber politische Verknüpfung der Zustimmung des EP zu TTIP mit der Gewährleistung des Schutzes der Daten von EU-Bürgern;
- Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit durch gesetzliche Maßnahmen;
- Prüfung von Maßnahmen, mit Hilfe derer künftige Whistleblower geschützt werden können;
- Erarbeitung einer EU-Strategie für Unabhängigkeit im Bereich der Informationstechnologien;
- Europäische Internet-Regulierungen, die u.a. Netzneutralität gewährleisten sollen.

Insgesamt stellt der Bericht eine harsche Kritik an den Praktiken der NSA sowie auch des britischen GCHQ dar. Der Bericht fordert die EU-Staaten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden, Niederlande und Polen auf, zu Vorwürfen hinsichtlich massenhafter Telekommunikationsüberwachung Stellung zu nehmen. Bilaterale Abkommen, die Spionage begrenzen sollen, werden als „kontraproduktiv und irrelevant“ bezeichnet, da diese Problematik auf EU-Ebene behandelt werden müsse.

Die konsentrierte Fassung des Berichts wird aufgrund insgesamt 521 abgestimmter Änderungsanträge erst für Anfang März erwartet. Das Plenum des EP wird am 11.02.2014 den Bericht behandeln und abstimmen.

PM des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140210IPR35501/html/NSA-snooping-MEPs-table-proposals-to-protect-EU-citizens%27-privacy>

Vorgangsdokumentation des EP:



<http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2013/2188%28INI%29&l=en>

Webseite des Untersuchungsausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/libe/events.html#menuzone>

Entwurf des Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=COMPARL&mode=XML&language=EN&reference=PE526.085>

FREIZÜGIGKEIT

BÜRGERMEISTERKONFERENZ DER KOM AM 11.02.2014 ZU AUSWIRKUNGEN DER FREIZÜGIGKEIT AUF KOMMUNEN

Am 11.02.2014 fand in Brüssel die von der KOM angekündigte Bürgermeisterkonferenz zum Thema „Freizügigkeit/Armutsmigration“ statt. Hauptrednerin war Kommissions-Vizepräsidentin *Viviane Reding*. Die Bürgermeisterkonferenz, die im und mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) ausgerichtet wurde, war im November 2013 von der KOM als eine von fünf Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung sozialer Probleme in Folge der Freizügigkeit von EU-Bürgern angekündigt worden. Zu Beginn der Konferenz wurde eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie zur Integration mobiler EU-Bürger in sechs Städten (Barcelona, Dublin, Hamburg, Lille, Prag und Turin) vorgestellt. Die Studie untersuchte die an diesen Orten praktizierten Integrationsprogramme und stellte die besten Beispiele als bewährte Verfahren heraus. In ihren Schlussworten bedankte sich Vizepräsidentin *Reding* für die lehrreiche Debatte. Das Hauptproblem sei aus ihrer Sicht nicht der Missbrauch von Sozialleistungen, sondern Armut. *Reding* stellte eine weitere Konferenz in Aussicht. Jetzt seien jedoch zunächst einmal die verantwortlichen Kommunen gefragt, die neu gewonnenen Kenntnisse umzusetzen und gute Praktiken zu multiplizieren.

Pressemitteilung der KOM zur Konferenz:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-98_en.htm

Von der KOM vorgestellte Studie:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/dg_just_eva_free_mov_final_report_27.01.14.pdf

Schlussrede von KOM-Vizepräsidentin *Reding*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-123_en.htm

KOMMUNALE ANGELEGENHEITEN

KOMMUNALE DASEINSVORSORGE: ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG DER EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE „RIGHT2WATER“ IM EP AM 17.02.2014

Am 17.02.2014 widmete sich der Umweltausschuss, begleitet vom Petitionsausschuss, dem Binnenmarktausschuss und dem Entwicklungsausschuss des EP in einer öffentlichen Anhörung der ersten erfolgreich auf EU-Ebene durchgeführten Europäischen Bürgerinitiative: „Right2Water“. Die Initiative wurde als historischer Moment und als Meilenstein für die partizipatorische Demokratie in der Union bezeichnet. In



weniger als einem Jahr wurden Unterschriften von über 1 Mio. EU-Bürgern gesammelt. KOM-Vizepräsident *Maroš Šefčovič* begrüßte den Erfolg der Initiative, empfing Vertreter der Initiative und nahm an der Anhörung im EP teil. Aus Sicht von „Right2Water“ ist Wasser ein öffentliches Gut und keine Ware. Es dürfe nicht den Regelungen des Binnenmarktes unterworfen werden, sondern müsse in die Verantwortung der öffentlichen Hand gelegt werden.

Ziel des Bürgerbegehrens ist es, durch die Schaffung einer verbindlicher EU-Regulierung das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend einer Resolution der Vereinten Nationen zu einem Menschenrecht zu erklären und für alle EU-Bürger zu realisieren. In der EU haben derzeit ca. 8 Mio. Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Der erste Teil der Anhörung setzte sich mit dem Zugang zu Wasser und der sanitären Grundversorgung in der EU auseinander. Im zweiten Teil wurde die Diskussion auf die globale Dimension des Wassers ausgeweitet. Teil Drei behandelte schließlich die Frage des Verbots der Liberalisierung des Wassersektors in der EU. Die Herausnahme des Wassers aus der Konzessionsrichtlinie und damit die Nichtliberalisierung des Wassersektors wurden einhellig begrüßt.

Da inzwischen grundsätzliche Einigkeit zur Gestaltung der Wasserversorgung in der EU besteht, ist es nun an der KOM, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu entwerfen. Die KOM hat angekündigt, bis zum 20.03.2014 und damit noch vor dem Weltwassertag am 22.03.2014 eine Mitteilung zu veröffentlichen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140217IPR36208/html/Right2Water-gegen-Privatisierung-in-1.-Debatte-%C3%BCber-europ%C3%A4ische-B%C3%BCrgerinitiative>

EP-Meldung zur Anhörung:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140217STO36262/html/Right2Water-Wasser-ist-keine-Ware-es-ist-Teil-unseres-Erbes-erkl%C3%A4rt-Perret>

Pressemitteilung der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-9_en.htm?locale=en

Webseite der Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“:

<http://www.right2water.eu/de>

UNIONSBÜRGERSCHAFT

STUDIE ZUR EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE (EBI) AM 10.02.2014 IM EP VORGESTELLT

Am 10.02.2014 wurde im PETI-Ausschuss des EP ein erster Zwischenbericht im Rahmen der Studie „Europäische Bürgerinitiative (EBI) – Erste Lehren aus der Umsetzung“ vorgestellt. Das EP hatte das Beratungsunternehmen „Milieu“ beauftragt, eine erste Zwischenbilanz zum Instrument der EBI zu erstellen, um zu überprüfen, ob die EBI ein wirksames Instrument für mehr partizipative Demokratie in der EU darstellt. Die Studie wird Gegenstand einer Kommissionsmitteilung sein, die am 20.03.2014 veröffentlicht werden soll und Vorschläge zur Weiterentwicklung des Instruments EBI enthalten wird.



Informationen zur Sitzung des PETI-Ausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/peti/oj/1017/1017824/1017824de.pdf

DATENSCHUTZ

PODIUMSDISKUSSION IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG ZU VOR- UND NACHTEILEN DES KOMMISSIONSVORSCHLAGS FÜR EINE EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG AUS SICHT DER WIRTSCHAFT

Am 12.02.2014 fand in der Bayerischen Vertretung in Brüssel eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zu den Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlages für eine EU-Datenschutzgrundverordnung statt. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammern Bayerns sowie der Wirtschaftskammer Österreich kamen über 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zusammen. Im Zentrum standen naturgemäß die Anforderungen der Wirtschaft, die einerseits großen Bedarf sieht an einem einheitlichen europäischen Rechtsrahmen, andererseits jedoch erhebliche Nachteile befürchtet u.a. durch ausgeweitete Berichtspflichten und schärfere Sanktionen. Rasch wurde deutlich: Die Positionen der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure zur EU-Datenschutzgrundverordnung liegen – ungeachtet der grundsätzlichen Befürwortung des Vorhabens – im Detail weit auseinander:

MdEP *Axel Voss* schilderte seine Eindrücke aus dem Gesetzgebungsprozess. Das Parlament habe in einer großen Anstrengung bereits zu allen wichtigen Fragen Kompromissvorschläge erarbeitet. Nun müsse sich der Rat verständigen und klar positionieren. Für die KOM stellte *Thomas Zerdick* unmissverständlich die Forderung in den Mittelpunkt, die EU-Datenschutzgrundverordnung müsse noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Dies sei auch bereits mit den Präsidentschaften Griechenlands und Italiens vereinbart worden. Dr. *Rainer Stentzel*, Leiter Datenschutzrecht im Bundesministerium des Innern, stellte klar, dass ein Zeitplan für die Verabschiedung der Reform im Rat weder diskutiert, noch beschlossen worden sei. Zwar sehe auch Deutschland ein einheitliches und modernes europäisches Datenschutzrecht als erforderlich an. Der Vorschlag der KOM müsse jedoch deutlich abgeändert werden. Das Prinzip des „one size fits all“ sei nicht sachgerecht. Dr. *Axel Kessler*, SIEMENS dankte der KOM für die Initiative, ein gemeinsames europäisches Datenschutzrecht zu schaffen und betonte die Notwendigkeit einer schnellen und einheitlichen Genehmigung durch die Behörden. Insgesamt müssten jedoch datenökonomische Vorgehensweisen besser belohnt werden. Dr. *Ralph Vogelgesang* begrüßte die Zielrichtung der geplanten Datenschutzreform. Problematisch sei hingegen die weitgehende Verlagerung der Gesetzgebungskompetenzen an die KOM durch delegierte Rechtsakte. Auch Dr. *Vogelgesang* mahnte mehr Differenzierung in der Verordnung an. *Bettina Lorentschi*sch, Spartenobfrau für den Handel der Wirtschaftskammer Österreich, kritisierte aus der Praxis kleinerer Unternehmen heraus die schlechte Verständlichkeit des Verordnungsvorschlages. *Lorentschi*sch forderte eine deutlich größere Differenzierung zwischen kleinen und großen sowie auch zwischen regional und international tätigen Firmen ein.



Mit Blick auf die Spannweite dieser Positionierungen, aber auch auf die deutlich gewordenen Forderungen nach Differenzierung, Konkretisierung und Präzisierung gerade in Kernbereichen der von der KOM vorgelegten Regelungsvorschläge muss bezweifelt werden, dass es der KOM gelingen wird, noch in 2014 eine Einigung über die Verabschiedung der geplanten EU-Datenschutzgrundverordnung zu erreichen.

CYBERSICHERHEIT

EUROPEAN CYBERCRIME CENTRE (EC3) LEGT ERSTEN BERICHT VOR

Das European Cybercrime Centre (EC3) der KOM hat am 10.02.2014, ein Jahr nach Gründung, seinen ersten Bericht veröffentlicht. Im Zentrum steht v.a. die Entwicklung des EC3 als neuer Organisation.

Als wichtigsten Erfolg sieht EC3, dass es gelungen sei, Partnerschaften mit wichtigen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie weiteren wichtigen Partnern, z.B. in der IT-Industrie, aufzubauen. Das EC3 beklagt jedoch, dass es mit den gegenwärtigen Ressourcen nicht in der Lage sei, auch nur die seit Sommer 2013 aufgenommenen Ermittlungen zu bewältigen.

Im Bericht werden zudem aktuelle Entwicklungen im Bereich der Internetkriminalität erörtert, um hieraus Schlussfolgerungen für die künftige Ausrichtung der Organisation abzuleiten.

Pressebericht der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-129_en.htm

EUROPOL European Cybercrime Center:

<https://www.europol.europa.eu/content/european-cybercrime-center-ec3-first-year-report>

Text des Berichts:

https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/ec3_first_year_report.pdf

BAUEN UND WOHNEN

KOM DISKUTIERT ÜBERLEGUNGEN FÜR EINE „URBANE AGENDA“ MIT STADTPLANERN UND KOMMUNALVERTRETERN AUF DER KONFERENZ „CITIES OF TOMORROW“ IN BRÜSSEL

Die KOM hat am 17./18.02.2014 unter dem Motto „Cities of Tomorrow: Investing in Europe“ mit Stadtplanern, Architekten, Kommunalvertretern und anderen Interessierten über ihre Vorstellungen diskutiert, wie die „urbane Dimension“ der europäischen Integration ausgebaut werden könnte. Neben dem Gastgeber, Regionalkommissar *Johannes Hahn*, nahmen auch Energiekommissar *Günther Oettinger* und Sozialkommissar *László Andor* an der Veranstaltung teil. KOM-Präsident *José Manuel Barroso* nutzte eine Videobotschaft, um für eine „Urbane Agenda“ der EU zu werben. Die KOM präsentierte auf der vollständig ausgebuchten Tagung ein „Themenpapier“ (Link s.u.) zur künftigen „Urbanen Agenda“. Darin werden in erster Linie die bisherigen politischen Entwicklungen referiert und weitreichende Fragen aufgeworfen: „Warum brauchen wir eine Urbane Agenda der EU Wie sollte sie aussehen Und wie könnte sie umgesetzt werden“



Die Konferenz blieb mit Blick auf diese Fragen klare Antworten schuldig. Es wurde jedoch deutlich, dass die KOM über ein breites Spektrum an Fachthemen hinweg stärker auf die Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten der urbanen Räume in Europa, und damit der Kommunen, einwirken und zugreifen möchte. In welcher Weise dies geschehen soll, blieb offen.

Agenda der Konferenz:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban2014/doc/agenda.pdf

Multimediale Dokumentation der Konferenz:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban2014/index_en.cfm

PM von Regionalkommissar Johannes *Hahn*:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/hahn/headlines/news/detail/index_de.cfm?LAN=DE&id=1294&lang=en

Themenpapier, das auf der Konferenz diskutiert wurde:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban2014/doc/issues_paper_final.pdf

VERKEHR

LUFTVERKEHR: KOM ERLÄSST NEUE LEITLINIEN ZU STAATLICHEN BEIHILFEN FÜR FLUGHÄFEN UND AIRLINES; KEIN VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN BERLIN-SCHÖNEFELD

Die KOM hat am 20.02.2014 neue Leitlinien angenommen, wie Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilfavorschriften staatlich gefördert werden können. Mit den Leitlinien sollen die Anbindung bestimmter Gebiete und die Mobilität der europäischen Bürger gewährleistet, dabei jedoch Verfälschungen des Wettbewerbs im Binnenmarkt vermieden werden. Die Leitlinien sollen außerdem zu einem nachhaltigen, wachstumsstärkenden Einsatz öffentlicher Mittel beitragen. Überkapazitäten sollen vermieden und der Betrieb mehrerer unrentabler Flughäfen im selben Einzugsgebiet begrenzt werden. Die förmliche Annahme und Veröffentlichung der neuen Leitlinien im Amtsblatt der EU ist für März 2014 geplant. Die KOM hat zudem am 20.02.2014 ein MEMO veröffentlicht, das den Hintergrund der aktuellen Fortschreibung erläutert und Ausführungen der KOM zu wichtigen Einzelfragen enthält. Zeitgleich mit der erwarteten Fortschreibung der Leitlinien hat die KOM Entscheidungen zu laufenden Beihilfverfahren mitgeteilt. So sieht die KOM im Falle des Flughafens Berlin-Schönefeld keinen Anlass, von unzulässigen staatlichen Beihilfen zugunsten einer bestimmten Fluggesellschaft auszugehen. Das Handeln der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH (FBS) habe im Einklang gestanden mit den Leitlinien, die am 20.02.2014 veröffentlicht wurden.

Leitlinien zu staatlichen Beihilfen für Flughäfen und Airlines:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/modernisation/index_en.html

MEMO der KOM mit Erläuterungen zu den neuen Leitlinien:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-121_en.htm



Entscheidung zu Beihilfen am Flughafen Berlin-Schönefeld:

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_C27_2007

LUFTVERKEHR

KOM FORCIERT VERHANDLUNGEN ÜBER DEN ABSCHLUSS VON LUFTVERKEHRSABKOMMEN

Beim Luftverkehrs-Gipfel von EU und ASEAN in Singapur wurde am 12.02.2014 eine Abschlusserklärung angenommen, die vorsieht, die Kooperation zwischen beiden Organisationen und damit den durch sie repräsentierten Wirtschaftsräumen deutlich auszuweiten. Ziel sei es, ein umfassendes Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und ASEAN auszuhandeln und zu verabschieden. KOM-Vizepräsident und Verkehrskommissar *Slim Kallas* kündigte an, der KOM vorzuschlagen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Verhandlungsmandat der Mitgliedsstaaten für Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten einzuholen. Ein solches Mandat liegt bisher nicht vor. Ein ehrgeiziges Ziel setzt sich die KOM zudem in den Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen mit Brasilien. Diese wurden von 30. - 31.01.2014 in Brasilien fortgesetzt und sollen, so der erklärte Wille beider Seiten, bis zum EU-Brasilien-Gipfel am 27.02.2014 in Brüssel abgeschlossen werden.

PM der KOM zu EU-ASEAN-Gipfel:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-133_en.htm

Rede von Kommissar *Kallas* in Singapur:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-121_en.htm

Informationen der Generaldirektion Verkehr zu den Luftverkehrsbeziehungen mit Brasilien:

http://ec.europa.eu/transport/modes/air/international_aviation/country_index/brazil_en.htm

Mitteilung der KOM zur Entwicklung von EU-Luftverkehrs-Außenbeziehungen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0079:FIN:EN:PDF>

VERKEHR

VERNETZTE MOBILITÄT: NEUE EU-NORMEN FÜR KOMMUNIKATION ZWISCHEN FAHRZEUGEN FERTIGGESTELLT

Die KOM hat am 12.02.2014 mitgeteilt, dass die beiden europäischen Standardisierungsorganisationen ETSI und CEN/ISO im Auftrag der KOM einen Normierungsvorschlag erarbeitet haben, der die Kommunikation zwischen Fahrzeugen verschiedener Hersteller ermöglichen soll. Ziel sind ein optimiertes Verkehrsmanagement, mehr Verkehrssicherheit sowie Anwendungen, die Mehrwert für Verkehrsteilnehmer und damit neue Produkte und Marktchancen schaffen sollen. ETSI und CEN/ISO arbeiten nun an einem Standardisierungspaket und stimmen sich hierbei auch mit US-amerikanischen und japanischen Organisationen ab.



PM der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-141_en.htm

Informationen der Normorganisation ETSI:

<http://www.etsi.org/technologies-clusters/technologies/intelligent-transport>

Schaubild zur Funktionsweise elektronisch vernetzter Mobilität:

http://www.etsi.org/images/files/membership/ETSI_ITS_09_2012.jpg

GÜTERVERKEHR: KONSULTATION ZUM FÖRDERPROGRAMM FÜR NACHHALTIGE UND EFFIZIENTE GÜTERVERKEHRSDIENSTE

Die KOM hat am 06.02.2014 eine bis zum 02.04.2014 laufende Konsultation zu einem geplanten neuen Förderprogramm für nachhaltige und effiziente Güterverkehrsdienste eröffnet. Die Konsultation steht im Zusammenhang mit dem Marco Polo-Programm (2003 - 2013) zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Güterverkehrsdiensten. Abgefragt werden u.a.,

- welche Erfahrungen die Teilnehmer im Zuge der Umsetzung des Marco Polo-Programms gesammelt haben;
- welche Hürden sie für nachhaltige Güterverkehrsdienste sehen;
- welche Anforderungen aus Sicht der Märkte an ein Fördermechanismus zu stellen seien;
- wie ein Förderprogramm ausgestaltet werden könnte.

Das geplante neue Förderungsprogramm für Güterverkehrsdienste ist für den Finanzierungszeitraum von 2014 - 2020 vorgesehen und soll auf neue Marktentwicklungen, auf Ergebnisse des Marco Polo-Programms sowie auf neue Transportrichtlinien aufbauen.

Webseite der KOM zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/transport/themes/sustainable/consultations/2014-04-02-funding-scheme-freight-transport-services_en.htm

Informationen zum Marco Polo-Programm:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32006R1692:EN:NOT>

SPORT

KOM STELLT SPORTKOMPONENTE DES „ERASMUS+“-PROGRAMMS VOR

Im Rahmen des „Erasmus+“-Programms werden nun erstmals in größerem Umfang Projekte und Maßnahmen aus dem Bereich Sport aus EU-Mitteln gefördert. Kooperationspartnerschaften auf dem Gebiet des Sports können mit bis 500.000 € gefördert werden, gemeinnützige europäische Sportveranstaltungen mit bis zu zwei Mio. €. Insgesamt stehen rund 265 Mio. € für mehr als 600 Projekte zur Verfügung. Das jährliche Förderbudget umfasst in 2014 rund 19,3 Mio. € und wird dann ab 2015 auf jährlich durchschnittlich 38 Mio. €



gesteigert. Anträge für das Jahr 2014 müssen bereits in naher Zukunft eingereicht werden. Erste Fristen enden am 14.03. (für gemeinnützige europäische Sportveranstaltungen) und 15.05.2014 (Kooperationspartnerschaften auf dem Gebiet des Sports).

Agenda des Sportinformationstages am 04.02.2014:

http://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/sport_infoday_programme_en.pdf

Multimediale Dokumentation des Sportinformationstages:

http://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/events/info-day-erasmus-plus-sport_en

Informationen der EACEA zu Erasmus+:

http://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus_en

Webseite der Generaldirektion Bildung und Kultur (DG EAC) zu Erasmus+:

http://ec.europa.eu/sport/events/2014/2014040-sport-info-day_en.htm

FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

RETTUNGSWESEN: EUROPAAWEITER NOTRUF 112: KOMMISSARIN *KROES* BEKLAGT ZU GERINGE BEKANNTHEIT; FORDERT MITGLIEDSTAATEN ZU MASSNAHMEN AUF

Die EU-Kommissarin und KOM-Vizepräsidentin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, hat am 11.02.2014 anlässlich des Tags des Notrufs 112 darauf hingewiesen, dass die Bekanntheit der Notrufnummer noch in vielen Ländern Europas zu wünschen übrig lässt. Zugleich forderte *Kroes* die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, mehr zu unternehmen, damit die Bürgerinnen und Bürger vom Notruf 112 erfahren. Die Kommissarin verwies auf eine „Eurobarometer“-Umfrage, wonach im europäischen Durchschnitt nur etwa der Hälfte der Befragten bekannt war, darunter auch solchen EU-Bürgern, die häufig ins europäische Ausland reisen. Am Geringsten ist der Bekanntheitsgrad der aktuellen Umfrage zufolge in Griechenland (10 %) und Großbritannien (18 %). Am Höchsten ist sie in Luxemburg (80 %), Rumänien (71 %), Polen und Bulgarien (70 %). Deutschland liegt im Mittelfeld. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat bereits 2012 eine Kampagne gestartet, um den einheitlichen europäischen Notruf 112 bekannter zu machen und so Menschenleben zu retten.

Informationen der KOM zum einheitlichen europäischen Notruf 112 (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/about-112>

„Eurobarometer“-Umfrage zu Notruf 112 (in englischer Sprache):

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/awareness-single-european-emergency-service-number-112>

Factsheet der KOM zum Notruf 112:

http://ec.europa.eu/information_society/doc/factsheets/044-112-de.pdf

Webseite des BayStMI zum Notruf 112:

www.notruf112.bayern.de



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

AUSSCHUSS FÜR BINNENMARKT UND VERBRAUCHERSCHUTZ STIMMT FÜR PAUSCHALREISERICHTLINIE

Am 11.02.2014 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) über den am 09.07.2013 von der Kommission vorgelegten Vorschlag für eine überarbeitete Pauschalreiserichtlinie abgestimmt (EB 13/13). Das EP hat dabei für weitere Änderungen bei den Bestimmungen zu höherer Gewalt, Stornierungen oder auch Vertragsänderungen gestimmt, die den Schutz der Verbraucher noch verbessern sollen. Das EP-Plenum wird voraussichtlich im März über diesen Entschließungsantrag abstimmen. Die Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe dauern an.

Pressemeldung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-101_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-101_en.htm)

RECHTSAUSSCHUSS STIMMT FÜR EUROPÄISCHEN BESCHLUSS ZUR VORLÄUFIGEN KONTENPFÄNDUNG

Am 11.02.2014 hat der Rechtsausschuss (JURI) des EP über den Verordnungsvorschlag der Kommission zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen (EB 11/13, 21/13) abgestimmt und den zuvor in Trilogverhandlungen mit der Kommission und den Mitgliedstaaten abgestimmten Text bei einer Enthaltung mit 22 Stimmen angenommen. Die Behandlung im Plenum ist für die letzte Plenarsitzung in dieser Legislaturperiode im April vorgesehen. Anschließend muss der Vorschlag noch vom Ministerrat angenommen werden, um nach der Veröffentlichung im Amtsblatt dann in Kraft treten zu können.

Pressemeldung EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20140210IPR35506%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

Pressemeldung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-101_en.htm

RECHTSAUSSCHUSS UNTERSTÜTZT DIE ÜBERARBEITUNG DER BRÜSSEL-I-VERORDNUNG

Nachdem im Dezember 2012 nach jahrzehntelangem Ringen in Rat und EP über das „Europäische Patentpaket“ endlich Einigung erzielt worden war (EB 22/12), hatte die Kommission Ende Juli einen Vorschlag zur Änderung der sog. Brüssel-I-Verordnung vorgelegt, um dem zukünftigen Einheitlichen Patentgericht (EPG) den Weg zu ebnen (EB 14/13). Den nun in Trilogverhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der



Kommission gefundenen Kompromiss zu diesem Vorschlag hat der Rechtsausschuss bei seiner Abstimmung am 11.02.2014 bestätigt.

Damit steht als nächstes die Behandlung dieses Dossiers im April und damit auf der letzten Plenarsitzung in dieser Legislaturperiode an. Anschließend muss der Vorschlag auch noch vom Ministerrat angenommen werden, um nach der Veröffentlichung im Amtsblatt dann in Kraft treten zu können.

Pressemeldung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-101_en.htm

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT LEGT EZB-ANLEIHEKAUFPROGRAMM EUGH ZUR VORABENTSCHEIDUNG VOR

In einer Pressemitteilung vom 07.02.2014 hat das Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, dass es am 18.03.2014 sein Urteil zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zum Fiskalpakt verkünden wird. Der Verfahrensteil, der sich auf den sog. „OMT-Beschluss“ des EZB-Rates vom 06.09.2012 zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen bezieht, wurde abgetrennt und ausgesetzt. Das BVerfG hat dem EuGH dazu mehrere Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt. Das BVerfG äußert erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des OMT-Programms der EZB mit europäischem Primärrecht und macht dabei deutlich, dass aus seiner Sicht nur durch eine einschränkende Auslegung des OMT-Beschlusses (insbesondere keine unbegrenzten Aufkäufe von Staatsanleihen) wieder Konformität mit dem Primärrecht hergestellt werden kann (siehe hierzu auch Beitrag des StMFLH in diesem EB)

Pressemitteilung des BVerfG:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-009.html>

PODIUMSDISKUSSION IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG ZU VOR- UND NACHTEILEN DES KOMMISSIONSVORSCHLAGS FÜR EINE EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG AUS SICHT DER WIRTSCHAFT

Am 12.02.2014 fand in der Bayerischen Vertretung in Brüssel eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zu den Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutzgrundverordnung statt. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammern Bayerns sowie der Wirtschaftskammer Österreich kamen über 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zusammen. Im Zentrum standen naturgemäß die Anforderungen der Wirtschaft, die einerseits großen Bedarf sieht an einem einheitlichen europäischen Rechtsrahmen, andererseits jedoch erhebliche Nachteile befürchtet u.a. durch ausgeweitete Berichtspflichten und schärfere Sanktionen. Rasch wurde deutlich: Die Positionen der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure zur EU-Datenschutzgrundverordnung liegen – ungeachtet der grundsätzlichen Befürwortung des Vorhabens – im Detail weit auseinander:



MdEP *Axel Voss* schilderte seine Eindrücke aus dem Gesetzgebungsprozess. Das Parlament habe in einer großen Anstrengung bereits zu allen wichtigen Fragen Kompromissvorschläge erarbeitet. Nun müsse sich der Rat verständigen und klar positionieren. Für die KOM stellte *Thomas Zerdick* unmissverständlich die Forderung in den Mittelpunkt, die EU-Datenschutzgrundverordnung müsse noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Dies sei auch bereits mit den Präsidentschaften Griechenlands und Italiens vereinbart worden. Dr. *Rainer Stentzel*, Leiter Datenschutzrecht im Bundesministerium des Innern, stellte klar, dass ein Zeitplan für die Verabschiedung der Reform im Rat weder diskutiert, noch beschlossen worden sei. Zwar sehe auch Deutschland ein einheitliches und modernes europäisches Datenschutzrecht als erforderlich an. Der Vorschlag der KOM müsse jedoch deutlich abgeändert werden. Das Prinzip des „one size fits all“ sei nicht sachgerecht. Dr. *Axel Kessler*, SIEMENS dankte der KOM für die Initiative, ein gemeinsames europäisches Datenschutzrecht zu schaffen und betonte die Notwendigkeit einer schnellen und einheitlichen Genehmigung durch die Behörden. Insgesamt müssten jedoch datenökonomische Vorgehensweisen besser belohnt werden. Dr. *Ralph Vogelgesang* begrüßte die Zielrichtung der geplanten Datenschutzreform. Problematisch sei hingegen die weitgehende Verlagerung der Gesetzgebungskompetenzen an die KOM durch delegierte Rechtsakte. Auch Dr. *Vogelgesang* mahnte mehr Differenzierung in der Verordnung an. *Bettina Lorentschtsch*, Spartenobfrau für den Handel der Wirtschaftskammer Österreich, kritisierte aus der Praxis kleinerer Unternehmen heraus die schlechte Verständlichkeit des Verordnungsvorschlages. *Lorentschtsch* forderte eine deutlich größere Differenzierung zwischen kleinen und großen sowie auch zwischen regional und international tätigen Firmen ein.

Mit Blick auf die Spannweite dieser Positionierungen, aber auch auf die deutlich gewordenen Forderungen nach Differenzierung, Konkretisierung und Präzisierung gerade in Kernbereichen der von der KOM vorgelegten Regelungsvorschläge muss bezweifelt werden, dass es der KOM gelingen wird, noch in 2014 eine Einigung über die Verabschiedung der geplanten EU-Datenschutzgrundverordnung zu erreichen (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE

In der Sitzung der Eurogruppe am 17.02.2014 wurden keine wesentlichen Entscheidungen getroffen. Eurogruppenchef *Dijsselbloem* betonte in der Pressekonferenz, dass beim operationellen Rahmen für die direkte Bankenrekapitalisierung aus dem ESM, den sog. „Guidelines“, Fortschritte erzielt worden seien. Eine politische Einigung sei für März geplant. In Bezug auf das Programmland Griechenland verwies er darauf, dass die Troika wegen den erzielten Fortschritten und den Zusagen des griechischen Finanzministers beabsichtige, bis Ende dieser Woche dorthin zurückzukehren. Über weitere Finanzhilfen und Schuldenerleichterungen für Griechenland solle erst nach dem Sommer gesprochen werden. Bei den



intergouvernementalen Gesprächen zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) auf Ministerebene im Anschluss an die Eurogruppensitzung hätten sich nach Aussage von Eurogruppenchef *Dijsselbloem* die Positionen angenähert, aber es sei noch keine Einigung zu den wesentlichen offenen Fragen erzielt worden. Konkrete Ergebnisse werden erst für die Sitzung am 10.03.2014 erwartet.

Anmerkungen von Eurogruppenchef *Dijsselbloem* (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141054.pdf

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-136_en.pdf

Anmerkungen von Eurogruppenchef *Dijsselbloem* zum SRF (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141062.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES

Die Schwerpunkte der Sitzung des ECOFIN-Rats am 18.02.2014 lagen auf dem Europäischen Semester 2014, dem EU-Haushalt und den laufenden Verhandlungen zum einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus. Der ECOFIN-Rat hat im Rahmen des Europäischen Semesters Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht und zum Frühwarnmechanismusbericht für 2014 beschlossen sowie zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken Kompromisslinien für die laufenden Trilogverhandlungen erörtert. Daneben hat der Rat die Trilogeinigung mit dem EP über die Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie gebilligt (EB 01/14) und nach dem EP die Verlängerung der Übergangsfrist bei SEPA bis 01.08.2014 auch formell bestätigt. In Vorbereitung des Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20-Staaten am 22./23.02.2014 in Sydney wurde vom ECOFIN die EU-Sprachregelung gebilligt.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141063.pdf

Schlussfolgerungen des Rates zum Frühwarnmechanismusbericht 2014 (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141057.pdf

Schlussfolgerungen des Rates zum Jahreswachstumsbericht 2014 (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141056.pdf

Pressemitteilung der Kommission zur Haushaltsentlastung (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-10_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission zur Einlagensicherung (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141059.pdf



FINANZTRANSAKTIONSSTEUER: DEUTSCHLAND UND FRANKREICH WOLLEN LÖSUNG NOCH VOR DER EUROPAWAHL

Zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit fand vor dem ECOFIN-Rat am 18.02.2014 ein kurzes informelles Treffen der Finanzminister der elf beteiligten Mitgliedstaaten statt. Es diente nur dem Informationsaustausch, Verhandlungen waren nicht geplant. Anlässlich eines gemeinsamen Ministerrats am 19.02.2014 haben die Regierungen von Deutschland und Frankreich angekündigt, eine neue Initiative für eine Einigung noch vor den Europawahlen zu starten. Im Gespräch sei eine Stufenlösung, bei der in einem ersten Schritt nur der Aktienhandel besteuert würde, wie es in einigen Mitgliedstaaten bereits der Fall ist.

Gemeinsame Erklärung zum deutsch-französischen Ministerrat:

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2014/02/2014-02-19-dt-fr-erklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT LEGT EZB-ANLEIHEKAUFPROGRAMM EUGH ZUR VORABENTSCHEIDUNG VOR

In einer Pressemitteilung vom 07.02.2014 hat das Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, dass es am 18.03.2014 sein Urteil zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zum Fiskalpakt verkünden wird. Der Verfahrensteil, der sich auf den sog. „OMT-Beschluss“ des EZB-Rates vom 06.09.2012 zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen bezieht, wurde abgetrennt und ausgesetzt. Das BVerfG hat dem EuGH dazu mehrere Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt. Das BVerfG äußert erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des OMT-Programms der EZB mit europäischem Primärrecht und macht dabei deutlich, dass aus seiner Sicht nur durch eine einschränkende Auslegung des OMT-Beschlusses (insbesondere keine unbegrenzten Aufkäufe von Staatsanleihen) wieder Konformität mit dem Primärrecht hergestellt werden kann.

Pressemitteilung des BVerfG:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-009.html>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ZWEI BERICHTE ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG BEI DER MEHRWERTSTEUER

Am 12.02.2014 hat die Kommission zwei Berichte beschlossen, die sich mit der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug in der EU und möglichen Lösungen auseinandersetzen. Im (siebten) Bericht über Verfahren zur Erhebung und Kontrolle der Mehrwertsteuer kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Mitgliedstaaten die Steuerverwaltung in diesem Bereich modernisieren müssten, um die Mehrwertsteuerausfälle, die sich 2011 EU-weit auf fast 193 Mrd. € beliefen, zu reduzieren. Der weitere Bericht über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer beschäftigt sich insbesondere mit der Frage der Verbesserung der grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden. Beide Berichte sind Teil des breit angelegten Aktionsplanes der Kommission zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung.

Bericht über Verfahren zur Erhebung und Kontrolle der Mehrwertsteuer:

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/com_reports/taxation/com\(2014\)69_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/com_reports/taxation/com(2014)69_de.pdf)

Bericht über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer:

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/com_reports/taxation/com\(2014\)71_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/com_reports/taxation/com(2014)71_de.pdf)

TROIKA BESCHEINIGT ZYPERN GUTE FORTSCHRITTE

Am 11.02.2014 hat die Troika aus Kommission, EZB und IWF ihre dritte, am 29.01.2014 begonnene Überprüfung der vereinbarten Reformprogramme in Zypern abgeschlossen. In einer gemeinsamen Stellungnahme bescheinigen sie Zypern gute Fortschritte. Wegen eines anhaltend maßvollen Haushaltsvollzugs und einer schwächeren Rezession als erwartet seien die finanzpolitischen Ziele für 2013 erreicht worden. Zypern steht aber aus Sicht der Troika weiter vor großen Herausforderungen und Gefahren. Die Rezession werde frühestens 2015 überwunden sein, im Finanzsektor müsse der hohe Anteil notleidender Kredite reduziert und der Zahlungsverkehr normalisiert werden sowie die Umsetzung der Strukturreformen beschleunigt werden. Auf Basis dieses Untersuchungsberichts werden die Eurogruppe, der ESM und der IWF bis Anfang April über die Freigabe von 150 Mio. € Hilfgeldern aus dem ESM und von 86 Mio. € des IWF entscheiden.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-104_en.pdf

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSSAUSCHUSS WILL EU-FINANZAUF SICHT GEGENÜBER NATIONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN STÄRKEN

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des EP hat am 13.02.2014 Empfehlungen an die Kommission zur Überprüfung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS) beschlossen. Auf Grundlage des Berichtsentwurfs des Berichterstatters *Sven Giegold* (Grüne/DEU) fordern die Abgeordneten in einer Entschließung insbesondere die Stärkung der Befugnisse und der Unabhängigkeit der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (ESA) gegenüber den nationalen Behörden, die Einrichtung des Europäischen Rats für Systemrisiken (ESRB) außerhalb der EZB, um Interessenkonflikte zu vermeiden, und einen Vorschlag für einen einheitlichen Sitz für alle drei ESAs. Das Plenum muss über den Vorschlag noch abstimmen.

Berichtsentwurf des ECON-Ausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/econ/pr/1005/1005716/1005716de.pdf



SONSTIGES

KOMMISSION LEGT GRUNDSTEIN FÜR EINE REFORM DER VERWALTUNG DES INTERNETS

In einer Mitteilung hat die Kommission am 12.02.2014 ein Verhandlungskonzept für eine gemeinsame europäische Position bei den bevorstehenden weltweiten Verhandlungen über die Internet-Governance veröffentlicht. Darin schlägt sie vor, die Art und Weise, wie das Internet verwaltet und betrieben wird, grundlegend zu reformieren. Ziel der Kommission ist eine transparentere und verantwortungsvollere Regulierung und Verwaltung unter Einbeziehung aller Beteiligten. Dabei fordert die Kommission insbesondere eine Globalisierung der wichtigen Entscheidungsvorgänge, etwa die in den USA angesiedelte Vergabe der Domännennamen und IP-Adressen. Dieses Verhandlungskonzept wird nun vom EP und Rat weiter ausgearbeitet. Die nächsten Stationen bei den weltweiten Verhandlungen sind die Tagung Netmundial im April 2014 in Brasilien, das Internet-Governance-Forum Ende August und die hochrangige ICANN-Tagung.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-142_de.pdf

Mitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/dae/document.cfm?doc_id=4453

EINHEITLICHER AUFSICHTSMECHANISMUS: EZB VERÖFFENTLICHT ENTWURF EINER RAHMENVERORDNUNG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 07.02.2014 eine öffentliche Konsultation über den Entwurf einer Rahmenverordnung der EZB über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken (SSM) eröffnet. Die Rahmenverordnung enthält Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden und der EZB, etwa zu den Grundsätzen und Organisation des SSM, zur Methodik für die Einstufung von Banken als bedeutend oder weniger bedeutend und zum Verfahren. Weitere wichtige Regelungen werden in separaten Rechtsakten festgelegt, z. B. die Trennung der Aufgabenbereiche in den Geschäftsordnungen der EZB und des Aufsichtsgremiums. Nach Abschluss des Konsultationsverfahrens am 07.03.2014 wird das Aufsichtsgremium die Kommentare auswerten, anschließend die Rahmenverordnung erarbeiten und dem EZB-Rat zur Billigung vorlegen. Die endgültige Fassung der Rahmenordnung muss bis zum 04.05.2014 angenommen sein.

Pressemitteilung der EZB:

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140207.de.html>

Entwurf der SSM-Rahmenverordnung

<http://www.ecb.europa.eu/ssm/consultations/shared/pdf/framework/draft-ssm-framework-regulation201402.de.pdf>

Öffentliche Konsultation:

<http://www.ecb.europa.eu/ssm/consultations/shared/pdf/framework/ssm-consultation-qa.de.pdf>



RAT BESTÄTIGT KOMPROMISS ZUR MIFID-ÜBERARBEITUNG NACH ABSCHLUSS TECHNISCHER TRILOGGESPRÄCHE

Der Rat hat auf Botschafterebene (AStV) am 19.02.2014 nach technischen Gesprächen den endgültigen Text einer neuen Verordnung und Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID/MiFIR) politisch gebilligt. Die beiden Rechtsakte ersetzen die bisherige Richtlinie 2004/39/EG. Damit kann das Dossier nun an das EP zur formalen Annahme überwiesen werden, bevor dann nach sprachjuristischer Prüfung und Übersetzung der Rat ebenfalls noch endgültig formal zustimmen muss. Das ist noch für diese Legislaturperiode vorgesehen. Am 14.01.2014 hatten sich die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission bereits politisch im Trilog geeinigt (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates mit Verlinkung der Texte:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/141071.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

RAT BESTÄTIGT KOMPROMISS ZUR MIFID-ÜBERARBEITUNG NACH ABSCHLUSS TECHNISCHER TRILOGGESPRÄCHE

Der Rat hat auf Botschafterebene (AStV) am 19.02.2014 nach technischen Gesprächen den endgültigen Text einer neuen Verordnung und Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID/MiFIR) politisch gebilligt. Die beiden Rechtsakte ersetzen die bisherige Richtlinie 2004/39/EG. Damit kann das Dossier nun an das EP zur formalen Annahme überwiesen werden, bevor dann nach sprachjuristischer Prüfung und Übersetzung der Rat ebenfalls noch endgültig formal zustimmen muss. Das ist noch für diese Legislaturperiode vorgesehen. Am 14.01.2014 hatten sich die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission bereits politisch im Trilog geeinigt (EB 02/14).

Pressemitteilung des Rates mit Verlinkung der Texte:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/141071.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES

Die Schwerpunkte der Sitzung des ECOFIN-Rats am 18.02.2014 lagen auf dem Europäischen Semester 2014, dem EU-Haushalt und den laufenden Verhandlungen zum einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus. Der ECOFIN-Rat hat im Rahmen des Europäischen Semesters Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht und zum Frühwarnmechanismusbericht für 2014



beschlossen sowie zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken Kompromisslinien für die laufenden Trilogverhandlungen erörtert. Daneben hat der Rat die Trilogeinigung mit dem EP über die Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie gebilligt (EB 01/14) und nach dem EP die Verlängerung der Übergangsfrist bei SEPA bis 01.08.2014 auch formell bestätigt. In Vorbereitung des Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20-Staaten am 22./23.02.2014 in Sydney wurde vom ECOFIN die EU-Sprachregelung gebilligt (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141063.pdf

Schlussfolgerungen des Rates zum Frühwarnmechanismusbericht 2014 (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141057.pdf

Schlussfolgerungen des Rates zum Jahreswachstumsbericht 2014 (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141056.pdf

Pressemitteilung der Kommission zur Haushaltsentlastung (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-10_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission zur Einlagensicherung (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/141059.pdf

KOMMISSION LEGT INDUSTRIESTRUKTURBERICHT 2013 VOR

Die Kommission hat am 17.02.2014 den „Bericht über die Industriestruktur der EU 2013: Wettbewerb in globalen Wertschöpfungsketten“ vorgelegt. Aus ihm geht hervor, dass die industrielle Wertschöpfung zahlreicher Branchen und Mitgliedstaaten immer noch unter ihrem Vorkrisenniveau liegt, was auch für Deutschland gelte. Dabei werden erhebliche Unterschiede einerseits zwischen Ländern (eine kräftige Erholung zeigte sich z. B. in Rumänien, Polen, der Slowakei und den baltischen Staaten) und andererseits zwischen den Branchen sichtbar: High-Tech-Branchen und Branchen mit begrenzter Energieabhängigkeit stünden deutlich besser da als andere. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen stärker Berücksichtigung finden müsse. Der Bericht wird auch in die Diskussion des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 20./21.02.2014 eingehen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-150_de.htm

ELECTRONIC LEADERS GROUP LEGT PLAN FÜR FÜHRENDE MARKTSTELLUNG DER EUROPÄISCHEN MIKRO- UND NANOELEKTRONIK VOR

Die Electronic Leaders Group (ELG), bestehend aus elf Unternehmenschefs der Elektronikbranche in Europa (darunter Vertreter von Infineon und des Fraunhofer Instituts), hat am 14.02.2014 der Kommission einen Plan mit Empfehlungen zur Stärkung der europäischen Mikro- und Nanoelektronik übergeben. Mit den



Empfehlungen könne man in den nächsten zehn Jahren bis zu 60 % der neuen Elektronikmärkte erobern und den wirtschaftlichen Wert der Halbleiterkomponentenfertigung verdoppeln. Die Einsetzung der ELG war Teil der im Mai 2013 von der Kommission vorgelegten Elektronikstrategie (EB 09/13), nach der bis 2020 Industrie-Innovationen in Höhe von 100 Mrd. € mobilisiert werden sollen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-148_de.htm

VERNETZTE MOBILITÄT: NEUE EU-NORMEN FÜR KOMMUNIKATION ZWISCHEN FAHRZEUGEN FERTIGGESTELLT

Die Kommission hat am 12.02.2014 mitgeteilt, dass die beiden europäischen Standardisierungsorganisationen ETSI und CEN/ISO im Auftrag der KOM einen Normierungsvorschlag erarbeitet haben, der die Kommunikation zwischen Fahrzeugen verschiedener Hersteller ermöglichen soll. Ziele sind ein optimiertes Verkehrsmanagement, mehr Verkehrssicherheit sowie Anwendungen, die einen Mehrwert für Verkehrsteilnehmer und damit neue Produkte und Marktchancen schaffen sollen. ETSI und CEN/ISO arbeiten nun an einem Standardisierungspaket und stimmen sich hierbei auch mit US-amerikanischen und japanischen Organisationen ab (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-141_de.htm

KOMMISSION SCHLÄGT NICHT-BINDENDE QUALITÄTSGRUNDSÄTZE FÜR DEN TOURISMUSSEKTOR VOR

Die Kommission hat am 20.02.2014 eine Initiative zur Qualitätsverbesserung im europäischen Tourismussektor gestartet und eine entsprechende Ratsempfehlung vorgeschlagen. Darin legt sie einheitliche Qualitätsgrundsätze in vier Bereichen für Tourismusunternehmen fest, die für mehr Sichtbarkeit und Verbraucherfreundlichkeit sorgen sollen. Die bisherige Vielzahl von Siegeln und Maßstäben sei gerade im weltweiten Wettbewerb verwirrend und für die Tourismusindustrie nachteilig, so dass ein europäischer Standard der Wettbewerbsfähigkeit diene. Zwar ist die Beachtung der Grundsätze für Unternehmen und Mitgliedstaaten nicht verpflichtend, die Mitgliedstaaten sind aber eingeladen, die Anwendung der Grundsätze in ihrem jeweiligen Gebiet in transparenter Weise zu koordinieren, zu überwachen und zu fördern, sowie die Kommission entsprechend darüber zu informieren.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-168_de.htm



AUSSENWIRTSCHAFT

POLITISCHE BESTANDSAUFNAHME ZU TTIP-VERHANDLUNGEN

EU-Handelskommissar *Karel De Gucht* und sein amerikanischer Counterpart, der US-Handelsbeauftragte *Michael Froman*, trafen am 17./18.02.2014 in Washington D. C. zusammen, um eine erste Zwischenbilanz auf politischer Ebene zu den derzeitigen Verhandlungen der EU und den USA über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu ziehen. Nach Aussage von *De Gucht* sei man sich einig, dass die bisherigen drei Verhandlungsrunden bereits zu beachtlichen Ergebnissen geführt hätten, etwa bei der Stärkung von KMU. In den nächsten Verhandlungsrunden würden nun erste konkrete Angebote beider Seiten zu den verschiedenen Themen diskutiert. So werde es vom 10. - 14.03.2014 in Brüssel insbesondere um den Abbau von Zöllen und Dienstleistungen sowie um das öffentliche Auftragswesen gehen. *De Gucht* versicherte eindringlich, dass TTIP keine Gefahr für hohe EU-Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards darstelle; insbesondere sei kein Import von Hormonfleisch zu befürchten.

Pressemitteilung der Kommission (nur in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-164_en.htm

ENERGIE

KONSULTATION ZUR WEITEREN ENERGIEEFFIZIENZPOLITIK

Die Kommission hat am 03.02.2014 eine Konsultation zur weiteren europäischen Politik der Förderung der Energieeffizienz gestartet. Die Ergebnisse sollen sowohl bei der Bewertung der Auswirkungen der Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU und der Fortschritte beim Erreichen des 2020-Ziels zur Energieeffizienz als auch bei der möglichen Bestimmung eines neuen Ziels bis zum Jahr 2030 Berücksichtigung finden. Der Fragebogen ist eher allgemein gehalten und bietet überwiegend in Ja/Nein-Form die Möglichkeit, sich zu äußern, ob und in welchen Gebieten Ziele und Maßnahmen für nötig erachtet werden. Die Konsultation läuft bis 28.04.2014.

Webseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/20140428_eed_2020_2030_en.htm

KONSULTATION ZUM ENDKUNDENMARKT IM ENERGIESEKTOR

Bereits am 22.01.2014 hat die Kommission eine Konsultation zum „Retail Energy Market“ eingeleitet. Sie möchte Meinungen zum Funktionieren des Endkundenmarkts und zur Rolle der Verbraucher einholen. Für Sommer ist dazu eine Mitteilung zu erwarten, mögliche Rechtssetzungsvorschläge hingegen erst unter der neuen Kommission. Bei der Konsultation geht es u. a. um die Frage, ob die Rolle und Rechte der Verteilnetzbetreiber (DSO) im Zuge neuer technologischer und rechtlicher Entwicklungen zu überprüfen sind. Die Konsultation läuft bis zum 17.04.2014.



Webseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/consultations/20140416_energy_retail_market_en.htm

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EUROPÄISCHES INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUT STARTET AUSWAHLVERFAHREN FÜR DIE BILDUNG VON WISSENS- UND INNOVATIONSGEMEINSCHAFTEN

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat im Rahmen des Programms „Horizont 2020“ am 14.02.2014 ein Auswahlverfahren zum Aufbau zweier neuer Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Communities, KICs) gestartet. Dabei können sich Unternehmen und Konzerne gemeinsam mit Forschungsinstitutionen als tragendes Netzwerk der KICs bewerben. Für den Ausbau des EIT sollen in den nächsten sieben Jahren fünf neue KICs eingerichtet werden: Die KICs „Innovation für gesundes Leben und aktives Altern“ sowie „Rohstoffe – nachhaltige Erkundung, Gewinnung, Verarbeitung, Verwertung und Substitution“ wurden für 2014 angekündigt. 2016 bzw. 2018 werden die KICs „Lebensmittel für die Zukunft“ und „Fertigung mit Mehrwert“ bzw. „urbane Mobilität“ folgen (s. dazu Beitrag des StMBW in diesem EB).

Pressemitteilung des EIT (in englischer Sprache):

http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/PDF/2014_KIC_Call/PR_EIT_KIC_Call_Launch_20140214.pdf

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die KICs 2014:

http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/PDF/2014_KIC_Call/EIT_2014_Call_for_KIC_proposals.pdf

ERSTE EFR-LEHRSTÜHLE SOLLEN FORSCHUNGSNIVEAU IN ELF EU-REGIONEN VERBESSERN

Zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums (EFR) hat die Kommission am 10.02.2014 die Vergabe der ersten sog. „EFR-Lehrstühle“ an elf europäischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen bekannt gegeben. Die Einrichtungen erhalten jeweils bis zu 2,4 Mio. € für bis zu fünf Jahre. Die EFR-Lehrstühle werden eingerichtet, um renommierte Forscher in wissenschaftlich weniger entwickelten Regionen der EU zu halten oder für eine dortige Tätigkeit zu gewinnen. Unter den geförderten Forschungseinrichtungen befinden sich sieben in süd-/osteuropäischen Mitgliedstaaten (Kroatien, Serbien, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Polen und Estland) sowie je eine in Spanien, Portugal, Belgien und Großbritannien (s. Beitrag des StMBW in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-125_de.htm



SONSTIGES

NEUE LEITLINIEN FÜR BEIHILFEN AN FLUGHÄFEN UND FLUGGESELLSCHAFTEN; MEHRERE EINZELENTSCHEIDUNGEN IN FLUGHAFENFÄLLEN

Die Kommission hat am 20.02.2014 neue Leitlinien für Beihilfen an Flughäfen und Fluggesellschaften verabschiedet. Sie sieht nun bereits die öffentliche Finanzierung von Flughafeninfrastruktur als staatliche Beihilfe an und knüpft die Genehmigung an verschiedene Voraussetzungen, die stark von der Flughafengröße abhängen. Ziel der Kriterien ist es dabei ausdrücklich, Überkapazitäten und unrentable Flughäfen im selben Einzugsgebiet zu verhindern, was sich an verschiedenen Stellen des Textes konkretisiert, auch bzgl. Betriebsbeihilfen (z. B. grundsätzlich keine Betriebsbeihilfen an Flughäfen, wenn ein anderer Flughafen im selben Einzugsbereich liegt). Am selben Tag hat die Kommission zudem mehrere beihilfenrechtliche Flughafenfälle entschieden, u. a. zu verschiedenen Maßnahmen zu Gunsten des Flughafens Berlin-Schönefeld (Beihilfetatbestand nicht erfüllt, da die Maßnahmen dem Verhalten eines Marktinvestors entsprechen).

Pressemitteilung der Kommission zu den Beihilfeleitlinien:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-172_de.htm

Text der Beihilfeleitlinien (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/modernisation/aviation_guidelines_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission zum Flughafen Berlin-Schönefeld:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-173_de.htm

KOMMISSION LEGT GRUNDSTEIN FÜR EINE REFORM DER VERWALTUNG DES INTERNETS

Die Kommission hat am 12.02.2014 in einer Mitteilung ein Verhandlungskonzept für eine gemeinsame europäische Position bei den bevorstehenden weltweiten Verhandlungen über die Internet-Governance veröffentlicht. Darin schlägt sie vor, die Art und Weise, wie das Internet verwaltet und betrieben wird, grundlegend zu reformieren. Ziel der Kommission ist eine transparentere und verantwortungsvollere Regulierung und Verwaltung unter Einbeziehung aller Beteiligten. Dabei fordert die Kommission insbesondere eine Globalisierung der wichtigen Entscheidungsvorgänge, etwa die in den USA angesiedelte Vergabe der Domännennamen und IP-Adressen. Dieses Verhandlungskonzept wird nun vom EP und Rat weiter ausgearbeitet. Die nächsten Stationen bei den weltweiten Verhandlungen sind die Tagung Netmundial im April 2014 in Brasilien, das Internet-Governance-Forum Ende August und die hochrangige ICANN-Tagung (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-142_de.pdf

Mitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/dae/document.cfm?doc_id=4453



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 17.02.2014 IN BRÜSSEL

Am Montag den 17.02.2014 fand in Brüssel der erste Agrarrat unter griechischer Präsidentschaft statt. Der griechische Landwirtschaftsminister *Tsafartis* sieht die Schwerpunkte in der Absatzförderung von Agrarprodukten, der GAP-Umsetzung in Zusammenhang mit dem Abschluss der Verhandlungen zu den delegierten Rechtsakten sowie die Zusammenführung der beiden Schulprogramme (Schulmilch- und Schulfruchtprogramm).

ABSTIMMUNG ZUR ANBAUZULASSUNG VON GV-MAIS 1507 IM RAT FÜHRT ZU UNEINIGKEIT - OPT-OUT-KLAUSEL GEPLANT - BRANDBRIEF VON 12 MITGLIEDSTAATEN AN DIE KOMMISSION

Bei der Abstimmung über die Anbauzulassung des GV-Mais 1507 fand sich am 11.02.2014 im Rat keine ausreichende Mehrheit. 19 Mitgliedstaaten sprachen sich gegen die Anbauzulassung aus (210 Stimmen). Deutschland hat sich enthalten. Die Entscheidung liegt nun allein bei der Kommission. Das EP will den Anbau des gentechnisch veränderten Mais in der EU verhindern. Der Vorschlag der Kommission, die Mitgliedstaaten selbst entscheiden zu lassen, ob sie den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet verbieten wollen, selbst wenn diese auf EU-Ebene zugelassen worden sind (Opt-out-Klausel), soll am 03.03.2014 im Umweltministerrat diskutiert werden. Die Kommission hofft auf eine Einigung. Die Sperrminorität könnte aufgehoben werden, wenn die britische Regierung dem Vorschlag wie vermutet nun doch zustimmen würde.

EP-AGRARAUSSCHUSS LEHNT SAATGUTNOVELLE AB

Der EP-Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat am 11.02.2014 den Bericht von Berichterstatter *Sergio Paolo Francesco Silvestris* (EVP/ITA) mit 37 Pro- und zwei Gegenstimmen angenommen und damit den Vorschlag der Kommission zur Saatgutverordnung zurückzuweisen. Das Votum muss nun noch vom EP-Plenum bestätigt werden.

BAYERISCHER LANDWIRTSCHAFTSMINISTER *HELMUT BRUNNER* SPRICHT ZU TTIP MIT EU-BERATER *PEKKA PESONEN*

Der bayerische Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* und der EU-Berater für agrar- und ernährungswirtschaftliche Fragen in den Verhandlungen zu TTIP, *Pekka Pesonen*, waren sich bei ihrem Treffen in Brüssel einig, dass trotz des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA die hohen Produktions- und Verbraucherschutzstandards in Europa nicht vernachlässigt werden dürften. Der Einsatz von Klontieren für die Lebensmittelproduktion, leistungssteigernde Hormone in der Tierhaltung und die Behandlung von Lebensmitteln mit bislang in Europa verbotenen Substanzen müsse auch zukünftig



untersagt bleiben, forderte StM *Brunner* in Bezug auf das TTIP. Ferner sprach er sich dafür aus, die bestehenden EU-Vorgaben im Bereich der Gentechnik zu verschärfen, damit Regionen wie Bayern die Anpflanzung gentechnisch veränderter Pflanzen künftig verbieten dürfen. Die Verteidigung europäischer Standards diene nicht allein dem Verbraucherschutz, sondern sichere auch die Exportchance für die heimische Agrar- und Ernährungswirtschaft auf langfristige Sicht.

MILCHGIPFEL 2014 IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Am 13.02.2014 erklärte Bayerns Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* in der Vertretung des Freistaates Bayern beim jährlichen „Milchgipfel“ des Milchindustrieverbandes (MIV), dass es nach Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 keinesfalls zu Marktverwerfungen oder Brüchen kommen dürfe. Mit Blick auf die derzeit gute Marktlage, schloss sich StM *Brunner* den Forderungen der Branchenvertreter an, die im Rahmen der Milchquotenregelung geltende Fettkorrektur aufzuheben, um Strafzahlungen für Überlieferungen zu verringern. StM *Brunner* plädierte für ein reaktionsfähiges Sicherheitsnetz zur Stabilisierung des Milchmarktes. Er führte aus, dass im Rahmen des Freihandelsabkommens mit den USA die europäischen Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden müssten. Das beschlossene Sicherheitsnetz sei nicht ausreichend flexibel. Es bräuchte Instrumente zur Marktbeobachtung und zur Analyse in Form einer EU-Monitoringstelle, um Krisen vorzusehen und im Krisenfall schnell reagieren zu können.

RUSSLAND HÄLT EINFUHRVERBOT FÜR EU-SCHWEINEFLEISCH WEITERHIN AUFRECHT

Die Einfuhrsperre der russisch-weißrussisch-kasachischen Zollunion auf Schweinefleischlieferungen aus der EU dürfte nach dem Leiter des Föderalen Aufsichtsdienstes für Tier- und Pflanzengesundheit Russlands, *Sergej Dankwert*, noch zwei Monate andauern; solange bis die angestrebte Regionalisierung für Schweinefleischlieferungen aus der EU überprüft worden ist. Das Bundeslandwirtschaftsministerium und der Deutsche Bauernverband (DBV) warnten vor der Einschleppung des Virus nach Deutschland über mitgebrachte Lebensmittel.

RUSSLAND PRÜFT EINLEITUNG EINER ANTIDUMPING-UNTERSUCHUNG ZU EU-MILCHIMPORTEM

Wie der stellvertretende Ministerpräsident *Arkadij Dworkowitsch* ankündigte, erwägt Russland, eine Antidumping-Untersuchung über Importe von Milchprodukten aus der EU einzuleiten. Angesichts hoher Subventionen in der EU fügten die Einfuhren der russischen Milchwirtschaft einen erheblichen Schaden zu. Gleichzeitig pocht Moskau auf den Zugang zum europäischen Markt für ausgewählte Molkerei- und Fischerzeugnisse. Sollte sich Brüssel gegen die Einfuhren wehren, würden „adäquate Maßnahmen“ in Bezug auf EU-Waren ergriffen.



STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

STUDIE IM AUFTRAG DER KOMMISSION ZUR INTEGRATION MOBILER EU-BÜRGER IN SECHS STÄDTEN VERÖFFENTLICHT

Am 11.02.2014 veröffentlichte die Kommission eine neue von ihr in Auftrag gegebene Studie zur Integration mobiler EU-Bürger in den sechs Städten Barcelona, Dublin, Hamburg, Lille, Prag und Turin. Diese Studie beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Intra-EU-Mobilität auf lokaler Ebene. Sie untersucht lokale Maßnahmen zur Förderung der Integration und stellt bewährte Verfahren vor. Präsentiert wurde diese Studie auf der gemeinsamen Bürgermeisterkonferenz von Kommission und Ausschuss der Regionen am selben Tag.

Link zur Studie:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/dg_just_eva_free_mov_final_report_27.01.14.pdf

BÜRGERMEISTERKONFERENZ DER KOM AM 11.02.2014 ZU AUSWIRKUNGEN DER FREIZÜGIGKEIT AUF KOMMUNEN

Am 11.02.2014 fand in Brüssel die von der KOM angekündigte Bürgermeisterkonferenz zum Thema „Freizügigkeit/Armutsmigration“ statt. Hauptrednerin war Kommissions-Vizepräsidentin *Viviane Reding*. Die Bürgermeisterkonferenz, die im und mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) ausgerichtet wurde, war im November 2013 von der KOM als eine von fünf Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung sozialer Probleme in Folge der Freizügigkeit von EU-Bürgern angekündigt worden.

Pressemitteilung der KOM zur Konferenz:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-98_en.htm

Schlussrede von KOM-Vizepräsidentin Reding:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-123_en.htm

RAT NIMMT SAISONARBEITNEHMERRICHTLINIE AN

Am 17.02.2014 hat der Rat ohne weitere Aussprache die Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung förmlich angenommen, nachdem das Europäische Parlament die Trilogieeinigung am 05.02.2014 bestätigt hatte. Die Richtlinie legt die Bedingungen für die Einreise und den Verbleib von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke einer Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer sowie die Rechte von Saisonarbeitnehmern fest. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt ist die Richtlinie von den Mitgliedstaaten innerhalb von zweieinhalb Jahren umzusetzen (EB 03/14).



Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/141044.pdf

AUSSCHUSS DER STÄNDIGEN VERTRETER BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ZUR VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT DER ÖFFENTLICHEN ARBEITSVERWALTUNGEN

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat am 07.02.2014 einen mit dem Europäischen Parlament (EP) erzielten Kompromiss zum Beschlussvorschlag über die verstärkte Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (KOM(2013)430) bestätigt. Ziel ist die Formalisierung eines bestehenden Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, um die vorhandenen Strukturen effektiver zu machen und dadurch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der EU beizutragen. U. a. sollen die öffentlichen Arbeitsverwaltungen im Rahmen dieses Netzwerks in bestimmten Tätigkeitsbereichen ihre Leistungen im Wege des sog. Benchlearnings vergleichen, um voneinander zu lernen. Dem Beschäftigungsausschuss wird eine Beobachterrolle in dem Netzwerk eingeräumt. Das EP wird voraussichtlich im April über den Kompromiss abstimmen. Im Anschluss wird der Rat den Beschluss förmlich annehmen.

Pressemitteilung des Rates:

<http://gr2014.eu/sites/default/files/public%20employment%20services%20.pdf>

EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR ABSCHAFFUNG DER GENITALVERSTÜMMELUNG BEI FRAUEN UND MÄDCHEN

Das Europäische Parlament (EP) begrüßte in seiner Entschließung vom 06.02.2014 die Mitteilung der Kommission vom 25.11.2013 zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung, in der diese sich u. a. verpflichtet, EU-Mittel zur Bekämpfung dieser Praxis zu verwenden und die Hilfe für die Opfer zu verbessern. Die Abgeordneten unterstützten außerdem das Engagement der Kommission, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen Mitgliedstaaten, nichtstaatlichen Organisationen und Sachverständigen in diesem Bereich zu erleichtern.

Text der Entschließung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20140206%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>



STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

KOMPROMISS ZUR INITIATIVE „KULTURHAUPTSTÄDTE EUROPAS“ 2020 - 2033 BEDEUTET KOMPETENZRÜCKVERLAGERUNG

Bei der Neuauflage der Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ für die Jahre 2020 - 2033 steht das Gesetzgebungsverfahren kurz vor dem Abschluss. Nach dem AStV am 29.01.2014 hat der CULT-Ausschuss des EP am 06.02.2014 in einer Sondersitzung in Straßburg einen Kompromiss aus den Trilogverhandlungen gebilligt, der den letzten noch offenen Streitpunkt im Sinne der Mitgliedstaaten gelöst hat: Die formale Kompetenz für die abschließende Ernennung der Kulturhauptstädte wird demnach künftig in den jeweiligen Mitgliedstaat selbst zurückverlagert. Bisher hatte der EU-Kulturministerrat in einem Kollektivbeschluss alljährlich die zwei künftigen Kulturhauptstädte ernannt. In den Verhandlungen hatte die Kommission diese Kompetenz für sich beansprucht und dabei zunächst die Unterstützung des EP erfahren. Die Kommission erhält nun nur das Recht, den Titel an Städte aus EU-Beitritts- und Kandidatenländern zu vergeben, die im Dreijahresrhythmus antragsberechtigt sind. Rat und EP müssen den Kompromiss nach Beendigung der sprachjuristischen Prüfung noch formell annehmen, was im Verlauf des März erfolgen soll.

Sitzungsprotokoll des CULT-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

EUROPÄISCHES INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUT STELLT NEUES AUSWAHLVERFAHREN FÜR DIE BILDUNG VON WISSENS- UND INNOVATIONSGEMEINSCHAFTEN VOR

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat im Rahmen des Programms „Horizont 2020“ am 14.02.2014 ein Auswahlverfahren mit dem Ziel gestartet, zwei neue Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Communities, KICs) aufzubauen. Für den Ausbau des EIT sollen in den nächsten sieben Jahren fünf neue KICs eingerichtet werden. Die KICs „Innovation für gesundes Leben und aktives Altern“ sowie „Rohstoffe – nachhaltige Erkundung, Gewinnung, Verarbeitung, Verwertung und Substitution“ wurden für 2014 angekündigt. 2016 bzw. 2018 werden die KICs „Lebensmittel für die Zukunft“ und „Fertigung mit Mehrwert“ bzw. „urbane Mobilität“ folgen.

Offizielle Presseveröffentlichung des EIT:

http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/PDF/2014_KIC_Call/PR_EIT_KIC_Call_Launch_20140214.pdf

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die KICs 2014:

http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/PDF/2014_KIC_Call/EIT_2014_Call_for_KIC_proposals.pdf



ERSTE EFR-LEHRSTÜHLE SOLLEN FORSCHUNGSNIVEAU IN ELF EU-REGIONEN VERBESSERN

Am 10.02.2014 gab die Kommission die Vergabe der ersten sog. EFR-Lehrstühle an elf europäischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Rahmen einer noch unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) gestarteten Pilotaktion bekannt. EFR steht dabei für den Europäischen Forschungsraum. Die erfolgreichen Einrichtungen unter den 111 Antragstellern erhalten jeweils bis zu 2,4 Mio. € für bis zu fünf Jahre, um ihre Forschungskapazitäten durch die Besetzung der neu geschaffenen Lehrstühle auszuweiten. Die EFR-Lehrstühle werden eingerichtet, um renommierte Forscherinnen und Forscher in wissenschaftlich unterentwickelten Regionen der EU zu halten oder für eine dortige Tätigkeit zu gewinnen. Unter den geförderten Forschungseinrichtungen befinden sich sieben und damit mehr als die Hälfte in osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, zwei weitere jeweils in Spanien und Portugal sowie je einer in Belgien und in Großbritannien. Am 11.12.2013 wurde unter den veränderten Bedingungen des neuen FRP „Horizont 2020“ eine weitere Aufforderungsrunde zur Einreichung von Vorschlägen geöffnet, in der 34 Mio. € bereitgestellt werden. Damit ist die Vergabe von etwa 15 weiteren EFR-Lehrstühlen geplant, diesmal allerdings nicht regionen-, sondern mitgliedstaatsbezogen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-125_de.htm

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/research/era/era-chairs_en.html

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT UND NATURSCHUTZ

RAT: KEINE QUALIFIZIERTE MEHRHEIT GEGEN DIE ZULASSUNG VON GEN-MAIS 1507

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten erzielte am 11.02.2014 keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Anbau eines genetisch veränderten Maisprodukts (*Zea mays* L. Linie 1507). 19 Mitgliedstaaten stimmten gegen den Anbau und fünf dafür (Spanien, Estland, Großbritannien, Schweden und Finnland). Deutschland, Belgien, Tschechien und Portugal enthielten sich. Die Kommission kann nun den Anbau des Gen-Mais 1507 zulassen. Die griechische Ratspräsidentschaft kündigte bereits an, den Rechtsakt zu den Anbauverboten für genetisch veränderte Pflanzen durch die Mitgliedstaaten auf die Tagesordnung des Umweltrates am 03.03.2014 zu setzen.

Vorschlag für den Beschluss des Rates über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten Maisprodukts:



<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%2016120%202013%20INI>

I

VERBRAUCHERSCHUTZ

RAT VERABSCHIEDET VERBRAUCHERPROGRAMM 2014-2020

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 11.02.2014 das mehrjährige Verbraucherprogramm für die Jahre 2014-2020 gebilligt. Das Ziel des Programms ist, einen hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten, die Handlungskompetenz des Verbrauchers zu stärken und den Verbraucher in den Mittelpunkt des Binnenmarktes zu stellen (EB 02/14).

VO über ein mehrjähriges Verbraucherprogramm für die Jahre 2014-2020:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=PE%20107%202013%20INIT>

IMCO-AUSSCHUSS: MEHR VERBRAUCHERRECHTE BEI PAUSCHAL- UND BAUSTEINREISEN

Der Ausschuss für den Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des EP nahm am 11.02.2014 den Bericht von MdEP Meyer (EVP/DEU) zu dem Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Pauschal- und Bausteinreisen und zur Änderung der VO (EG) Nr. 2006/2004 und der RL 2011/83/EU sowie zur Aufhebung der RL 90/314/EWG an. Die neue Richtlinie soll Verbraucher künftig u. a. auch bei Internetbuchungen schützen. Ferner sollen für Pauschalreisen strengere Transparenzvorschriften gelten.

abgestimmter Berichtsentwurf (englische Fassung):

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/imco/dv/cas_draft_packagetravel/_cas_draft_packagetravel_en.pdf

KOMMISSION: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ÜBER ALLERGENE DUFTSTOFFE

Die Kommission eröffnete am 13.02.2014 eine bis zum 14.05.2014 laufende öffentliche Konsultation über allergene Duftstoffe, die in Parfüms und anderen Kosmetika enthalten sind. Die Konsultation betrifft lediglich Hautallergene (Kontaktallergene) und hat zum Ziel, Meinungen zu den Kommissionsvorschlägen für Änderungen der Kosmetikverordnung einzuholen.

Informationen zur öffentlichen Konsultation:

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca_current_consultations_en.htm



UMWELT UND NATURSCHUTZ

KOMMISSION: KONSULTATION ZUR BEKÄMPFUNG DES ILLEGALEN ARTENHANDELS

Die Kommission hat am 07.02.2014 eine bis zum 10.04.2014 laufende öffentliche Konsultation zum Vorgehen der EU gegen den illegalen Handel mit Wildtieren eröffnet. Damit reagiert die Kommission auf den weltweit enormen Anstieg von Wilderei und Schmuggel, die bei einigen Arten noch nie dagewesene Ausmaße erreicht haben. So wurden im Jahr 2013 in Südafrika bereits über 1.000 Nashörner gewildert im Vergleich zu 13 im Jahr 2007.

Informationen zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/wildlife_trafficking_en.htm

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE „RIGHT2WATER“: DEBATTE IM PARLAMENT

Am 17.02.2014 fand die erste Parlamentsdebatte über die Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ statt. Im Rahmen dieser Debatte stimmten die Abgeordneten zu, dass Zugang zu Wasser ein grundlegendes Menschenrecht ist. Einige Abgeordnete betonten jedoch auch, dass die Mitgliedstaaten für Vorschriften zur Trinkwasserversorgung zuständig sind.

Broschüre zu der Bürgerinitiative „Right2Water“:

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201402/20140205ATT78819/20140205ATT78819EN.pdf>

Informationen zu Europäischen Bürgerinitiativen:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

VETERINÄRWESEN

KOMMISSION: ZWISCHENBILANZ ZUR EU-TIERSCHUTZSTRATEGIE

Die Kommission veröffentlichte am 12.02.2014 im Rahmen einer Konferenz eine Zwischenbilanz der Strategie der EU für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren 2012 - 2015. Dabei wurden die bisherigen Erfolge geprüft und die noch verbleibenden Herausforderungen ermittelt. Vertreter von Behörden, NGOs und Berufsgruppen, die in ihrer tägliche Arbeit mit Tieren Umgang haben, diskutierten auf der Konferenz über weitere Verbesserungsmöglichkeiten des Tierwohls.

Informationen zur Konferenz:

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/information_sources/ahw_events_en.htm



DATENSCHUTZ

PODIUMSDISKUSSION: VOR- UND NACHTEILE DES KOMMISSIONSVORSCHLAGS FÜR EINE EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG AUS SICHT DER WIRTSCHAFT

Am 12.02.2014 fand auf Einladung der Industrie- und Handelskammern Bayerns und der Wirtschaftskammer Österreich eine Podiumsdiskussion zu den Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutzgrundverordnung in der Bayerischen Vertretung in Brüssel statt. Im Zentrum standen die Anforderungen der Wirtschaft, die einerseits großen Bedarf sieht an einem einheitlichen europäischen Rechtsrahmen, andererseits jedoch erhebliche Nachteile befürchtet u. a. durch ausgeweitete Berichtspflichten und schärfere Sanktionen. Es wurde deutlich, dass die Positionen der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure zur EU-Datenschutzgrundverordnung, ungeachtet der grundsätzlichen Befürwortung des Vorhabens, im Detail weit auseinander liegen (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

ENERGIE

KOMMISSION: KONSULTATION ZUR WEITEREN ENERGIEEFFIZIENZPOLITIK

Die Kommission hat am 03.02.2014 eine Konsultation zur weiteren europäischen Politik der Förderung der Energieeffizienz gestartet. Die Ergebnisse sollen sowohl bei der Bewertung der Auswirkungen der Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU und der Fortschritte beim Erreichen des 2020-Ziels zur Energieeffizienz als auch bei der möglichen Bestimmung eines neuen Ziels bis zum Jahr 2030 Berücksichtigung finden. Der Fragebogen ist eher allgemein gehalten und bietet überwiegend in Ja/Nein-Form die Möglichkeit sich zu äußern, ob und in welchen Gebieten Ziele und Maßnahmen für nötig erachtet werden. Die Konsultation läuft bis 28.04.2014 (s. hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Informationen zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/20140428_eed_2020_2030_en.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

GESUNDHEITSWESEN

KOMMISSION: NEUE PLATTFORM ZUR PATIENTENSICHERHEIT BEI BLUTTRANSFUSIONEN

Die Kommission hat am 06.02.2014 eine neue Plattform zur Sicherheit der Patienten bei medizinischen Behandlungen mit Blut und Blutbestandteilen vorgestellt. Damit haben nationale Stellen künftig Zugang zu einem internetbasierten Schnellwarnsystem, dem sog. Rapid Alert System (RAB), für Blut und Blutbestandteile.



EUGH

EUGH: DEMOGRAFISCHE KRITERIEN BEI NEUEINRICHTUNG VON APOTHEKEN NICHT MIT DER NIEDERLASSUNGSFREIHEIT VEREINBAR

Der EuGH hat am 13.02.2014 entschieden, dass die in Österreich bei der Neuerrichtung von Apotheken angewandten demografischen Kriterien nicht mit der Niederlassungsfreiheit vereinbar sind. Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass diese Kriterien gegen das Kohärenzgebot verstossen, da sie keine Ausnahmen zur Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten zulassen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=147844&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=422931>

GESUNDHEITSWESEN

KOMMISSION: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ÜBER ALLERGENE DUFTSTOFFE

Die Kommission eröffnete am 13.02.2014 eine bis zum 14.05.2014 laufende öffentliche Konsultation über allergene Duftstoffe, die in Parfüms und anderen Kosmetika enthalten sind. Die Konsultation betrifft lediglich Hautallergene (Kontaktallergene) und hat zum Ziel, Meinungen zu den Kommissionsvorschlägen für Änderungen der Kosmetikverordnung einzuholen (s. hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Informationen zur öffentlichen Konsultation:

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca_current_consultations_en.htm

DATENSCHUTZ

PODIUMSDISKUSSION: VOR- UND NACHTEILE DES KOMMISSIONSVORSCHLAGS FÜR EINE EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG AUS SICHT DER WIRTSCHAFT

Am 12.02.2014 fand auf Einladung der Industrie- und Handelskammern Bayerns und der Wirtschaftskammer Österreich eine Podiumsdiskussion zu den Vor- und Nachteilen des Kommissionsvorschlags für eine EU-Datenschutzgrundverordnung in der Bayerischen Vertretung in Brüssel statt. Im Zentrum standen die Anforderungen der Wirtschaft, die einerseits großen Bedarf sieht an einem einheitlichen europäischen Rechtsrahmen, andererseits jedoch erhebliche Nachteile befürchtet u. a. durch ausgeweitete Berichtspflichten und schärfere Sanktionen. Es wurde deutlich, dass die Positionen der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure zur EU-Datenschutzgrundverordnung, ungeachtet der grundsätzlichen Befürwortung des Vorhabens, im Detail weit auseinander liegen (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).



IUK- UND MEDIENPOLITIK

KOMMISSION ALS MITTLER BEI INTERNATIONALEN VERHANDLUNGEN ÜBER DIE INTERNETVERWALTUNG

Vor dem Hintergrund der US-Spähaffäre und dem damit verbundenen Vertrauensverlust der Internetnutzer sowie einhergehenden Skepsis gegenüber der bisherigen Führungsposition der USA in der Internetverwaltung schlug die EU-Kommission am 12.02.2014 den Mitgliedstaaten und dem EP eine Reform auf diesem Sektor vor. Dabei geht es um eine transparentere, multilaterale und partizipative Regulierung und Verwaltung der Internetressourcen und -funktionen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-142_en.htm?locale=en

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/international/action-97-promote-internationalisation-internet-governance>

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12081_de.htm

EUGH: VERLINKEN VON TEXTEN VERSTÖSST NICHT GEGEN URHEBERRECHT

Der EuGH entschied am 13.02.2014 in der Rechtssache C 466/12, dass ein Internetseitenbetreiber ohne Erlaubnis des Urheberrechtsinhabers über Hyperlinks auf geschützte Werke zu Texten auf einer anderen frei zugänglichen Internetseite verweisen darf. Dies gelte auch dann, wenn beim Anklicken des Links der Eindruck entstehe, dass das Werk auf der Seite erscheint, die den Link enthält.

Link zum Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=147847&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=68416>

KOMMISSION WARNT VOR INTERNETZENSUR IN DER TÜRKEI

Bei dem politischen Dialog in Brüssel am 10.02.2014 mit dem türkischen Außenminister *Ahmet Davutoğlu* zeigte sich der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik *Stefan Füle* besorgt über das in der Türkei verabschiedete Gesetz zur Verschärfung der Internetkontrolle.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

http://eeas.europa.eu/delegations/council_europe/press_corner/all_news/news/2014/20140212_en.htm

http://ec.europa.eu/cyprus/news/20140210_turkey_en.htm



KOMMISSION RUFT FILMBRANCHE ZUR STÄRKEREN INTERNETNUTZUNG AUF

Die EU-Kommission ruft europäische Filmproduzenten zur verstärkten Nutzung des Internets als Vertriebsweg auf, um auch Zuschauerkreise jenseits des Heimatlands zu erschließen. Trotz florierender Filmproduktion in Europa werde das Vertriebs- und Gewinnpotential nicht ausgeschöpft. Insbesondere wegen der begrenzten Kinoprogrammauswahl, der hohen Preise und der häufig schwierigen Erreichbarkeit des nächsten Kinos sei das Internet als Medium von immenser Bedeutung. So beschaffen sich laut einer aktuellen Studie der EU-Kommission fast 70 % der Filminteressierten Filme über das Internet.

Die Studie ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/culture/media/media-content/documents/about/profile-audience-summary_en.pdf

EUROPAS APP-SEKTOR WÄCHST

Laut einer von der EU-Kommission am 13.02.2014 veröffentlichten Studie haben europäische Entwickler von Applikationen („Apps“) für Smartphones und soziale Netzwerke das Potential, weltweit führend zu sein. Die App-Entwicklung sei die am schnellsten wachsende Branche in Europa. Bis 2018 könnten 4,8 Mio. Arbeitnehmer beschäftigt werden und 63 Mrd. € Umsatz erzielt werden.

Studie zum App-Sektor-Boom:

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/sizing-eu-app-economy>

Studie zum Roamingverhalten in den Mitgliedstaaten:

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/e-communications-household-survey-and-telecom-single-market-survey-roaming-results-special>

TAG DES SICHEREN INTERNETS 2014

Am 11.02.2014 fand in über 100 Ländern, darunter erstmals auch in den USA, der „Safer Internet Day“ statt. EU-Vizekommissionspräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) initiierte in diesem Rahmen ein Forum für Jugendliche zum Ideenaustausch für ein besseres Internet. Im Fokus steht dabei die Sensibilisierung von Eltern und Kindern für die Gefahren des World Wide Web und die Schaffung guter Online-Inhalte mit und für junge Menschen (EB 20/13). *Neelie Kroes*, die sich erfreut über die weitreichenden Digitalkenntnisse von Jugendlichen zeigte, rief diese dazu auf, sich sicher im Netz zu verhalten und mit ihren Inhalten selbst ein besseres Internet zu schaffen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-73_en.htm

<http://www.saferinternetday.org/web/guest;jsessionid=B3685C848CD0DCEE56E722CFEB5B78C>